

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. November 2016

Afghanistan

Anschlag auf deutsches Konsulat

Bei einem Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Sharif in der nordafghanischen Provinz Balch in der Nacht zum 11.11.16 kamen vier afghanische Staatsangehörige ums Leben, 128 wurden verletzt. Ein Selbstmordattentäter rammte mit einem mit Sprengstoff beladenen LKW eine Außenmauer des Konsulats. Anschließend lieferten sich bewaffnete Angreifer auf dem Konsulatsgelände Schusswechsel mit Sicherheitskräften. Deutsche Staatsangehörige kamen nicht zu Schaden. Zu dem Anschlag bekannten sich die Taliban. Zur Begründung führten sie deutsche Unterstützung bei einem Luftangriff der USA in der Provinz Kundus Anfang November 2016 an. Dabei sollen auch ca. 30 Zivilisten getötet worden sein. Am 12.11.16 erschossen Bundeswehrsoldaten morgens in Masar-i-Sharif zwei Motorradfahrer, die sich über die Aufforderung, sofort anzuhalten, hinweggesetzt hatten.

Anschlag auf US-Stützpunkt

Bei einem Anschlag auf den Luftwaffenstützpunkt der USA in Bagram in der zentralafghanischen Provinz Parwan kamen vier US-Bürger ums Leben, 16 weitere sowie ein polnischer Soldat wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannten sich die Taliban. Ein Selbstmordattentäter hatte sich in der Nähe einer Kantine in die Luft gesprengt. Es soll sich bei ihm nach Angaben des afghanischen Distriktgouverneurs um einen früheren Taliban gehandelt haben, der sich 2008 dem Friedensprozess angeschlossen und auf dem Stützpunkt gearbeitet haben soll.

Pakistan

Bombenanschlag auf religiöse Stätte in Baluchistan

Bei einem Bombenanschlag am 12.11.16 auf den Shah-Norani-Schrein (150 km von der Stadt Hub entfernt), sollen über 50 Menschen zu Tode gekommen und mehr als 100 verletzt worden sein. Die Sufi-Gläubigen nahmen gerade an einer Zeremonie in der religiösen Stätte teil. Der IS soll sich bereits zu dem Anschlag bekannt haben.

Türkei

Fortschrittsbericht

Am 09.11.16 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Fortschrittsbericht zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Darin wird auch scharfe Kritik an der Entwicklung seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 geäußert. Insbesondere würden die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz in Frage gestellt. EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn erklärte, auch wenn eine Reaktion der türkischen Regierung auf den gescheiterten Putschversuch im Juli legitim sei, erzeuge das Ausmaß des Vorgehens gegen Regierungskritiker doch ernsthafte Bedenken. Tiefe Besorgnis habe insbesondere die Aufhebung der Immunität einer großen Zahl von Abgeordneten und ihre Verhaftung ausgelöst. Als Beitrittskandidat habe sich die Türkei zu den höchsten Standards etwa bei der Rechtsstaatlichkeit und der Garantie von Grundrechten verpflichtet; hier könne es keine Kompromisse

geben. Er bekräftigte zudem die Sorge der EU über Pläne, die Todesstrafe wieder einzuführen. Die EU-Kommission hält dennoch an den Beitrittsverhandlungen fest.

Herausgeber der Cumhuriyet festgenommen

Am 11.11.16 wurde der Herausgeber der regierungskritischen Zeitung Cumhuriyet, Akin Atalay, bei seiner Einreise in die Türkei festgenommen. Er hatte sich zuvor in Deutschland aufgehalten, wo er an einer Veranstaltung einer Dependance der türkischen Oppositionspartei CHP teilgenommen und die Nazim-Hikmet-Kulturstiftung besucht hatte. Ihm werden Verbindungen zur PKK und zur Gülen-Bewegung vorgehalten. Der Zeitung wirft die Staatsanwaltschaft vor, in ihrer Berichterstattung den gescheiterten Militärputsch legitimiert und Straftaten zugunsten der PKK und der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen begangen zu haben. Ende Oktober waren bereits der Chefredakteur und weitere Journalisten der Cumhuriyet verhaftet worden.

Syrien

Kämpfe in Aleppo

Nach Medienberichten haben die Regierungstruppen zwei Wochen nach dem Beginn der Rebellen-Offensive in der Großstadt Aleppo nahezu sämtliche Gebiete zurückerobert, die sie in den vergangenen Wochen verloren hatten. Auch nach Angaben der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 13.11.16 sollen die Regierungstruppen unter anderem den Stadtteil Dahijet al-Assad im Westteil der Stadt und das Dorf Minjan außerhalb von Aleppo zurückerobert haben.

Ägypten

200 angebliche Islamisten festgenommen

Nach Angaben der ägyptischen Regierung wurden etwa 200 Personen festgenommen, die am 11.11.16 an einer Demonstration gegen steigende Preise teilgenommen hatten. Sie sollen einem angeblich von der verbotenen Muslimbruderschaft verbreiteten Aufruf zu Protesten gefolgt sein. Hintergrund der Proteste sind Sparmaßnahmen wie eine Abwertung des Ägyptischen Pfund und Subventionskürzungen bei Lebensmitteln sowie Treibstoff als Voraussetzung für die Gewährung eines Kredits des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 12 Mrd. USD. Den Aufrufen in sozialen Medien zu Massendemonstrationen am 11.11.16 waren wegen massiver Präsenz der Sicherheitskräfte in Kairo und anderen Großstädten weit weniger Menschen gefolgt als erwartet.

Nigeria

Boko Haram: Sieben Soldaten in Malam Fatori getötet

Am 04.11.16 attackierten Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram Soldaten in der Ortschaft Malam Fatori an der Grenze zur Republik Niger. Bei dem Überraschungsangriff wurden sieben Armeeingehörige und mehrere Terroristen getötet.

30.000 Menschen in Lagos obdachlos nach Abriss ihrer Hütten

Am Morgen des 09.11.16 wurde die Pfahlhütten­siedlung Otodo Gbame (am Rande der Lagune von Lagos im Gebiet Lekki) in Brand gesetzt. Laut Angaben von Amnesty International sei unklar, wer in dem Slum das Feuer gelegt habe; die Polizei habe laut Augenzeugen das Löschen behindert. Nach Abklingen des Feuers am Nachmittag sei gegen Mitternacht die Polizei mit einem Abriss-Team zurückgekehrt, habe Feuer gelegt und Hütten abgerissen. Insgesamt wurden etwa 30.000 Personen obdachlos. Ein High Court hatte am 07.11.16 Zwangsräumungen der informellen Siedlungen verboten.

Vorangegangen war einen Monat zuvor, am 09.10.16, die Ankündigung von Akinwunmi Ambode, Gouverneur des Bundesstaates Lagos, alle Slumsiedlungen entlang der Buchten und Wasserwege abzureißen. Das Gebiet von Lekki ist für Investoren attraktiv, die dort in den letzten Jahren am Ufer Apartmentsiedlungen und Geschäftszentren errichtet hatten.

Somalia

Kampfhandlungen

Trotz eines neuen Waffenstillstandsabkommens vom 07.11.16 zwischen Puntland und Galmudug (s. BN v. 07.11.16) kam es am 09.11.16 in Galkayo zu heftigen Kämpfen. Al-Shabaab-Kämpfer griffen am 09.11.16 einen Checkpoint der Sicherheitskräfte der Interim Southwest Administration (Regionen Bay, Bakool and Lower Shabelle) an, töteten einen Soldaten und verletzten mehrere. Die puntländische Marine beschoss am 09.11.16 außerhalb der Hafenstadt Qandala (Region Bari) Stellungen von Kämpfern, die ihre Treue zum IS erklärt hatten (s. BN v. 07.11.16). Bei dem Angriff sollen zahlreiche IS-Anhänger ums Leben gekommen sein.

Anschläge

Mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer verübten auf dem Bakara-Markt in Mogadischu einen Granatenanschlag. Über Todesopfer wurde nicht berichtet. Ebenfalls mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer unternahmen einen Mordanschlag auf die Leiterin der Verwaltung der Ortschaft Elasha Biyaha nahe Mogadischu. Dabei wurde ein Wachmann verletzt. Am 09.11.16 töteten mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer zwei Soldaten in einer Ortschaft bei Belet Weyne (Region Hiraan). Am 10.11.16 geriet ein Konvoi äthiopischer AMISOM-Soldaten nahe der Stadt El Bur (Region Hiraan) in einen Hinterhalt der al-Shabaab. Dabei wurde ein AMISOM-Fahrzeug zerstört. Die äthiopischen AMISOM-Soldaten sollen daraufhin nach Berichten von Augenzeugen sieben unbewaffnete Zivilisten erschossen haben.

Sicherheitslage

Soldaten der somalischen Armee und dschibutische AMISOM-Soldaten nahmen am 07.11.16 die Ortschaften Berhani und Berdere in der Region Hiraan ein. Nach dem Abzug der äthiopischen AMISOM-Einheiten aus der Region konnte die al-Shabaab ihre Präsenz in der Region wieder verstärken.

Côte d'Ivoire

Neue Verfassung angenommen

Bei einem Referendum hat sich Präsident Alassane Ouattara erwartungsgemäß mit seinem Entwurf für eine neue Verfassung durchgesetzt. Rund 93 % der Wähler stimmten der Vorlage zu. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 %. Die Opposition hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen: sie wertet die neue Verfassung als Versuch des Präsidenten, seine Macht auszubauen.

Die Regierung verspricht sich von der neuen Verfassung eine Stärkung der Institutionen und eine Überbrückung der tiefen politischen Gräben, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in die Krise gestürzt haben. Wichtigste Neuerung ist die Abschaffung des „Concept d'Ivoirité“, wonach beide Elternteile eines Präsidentschaftskandidaten gebürtige Ivorer sein müssen. Diese Regel aus dem Jahr 2000 führte zum Bürgerkrieg von 2002 bis 2007, weil sich Bürger aus dem Norden benachteiligt fühlten. Dort bestehen besonders enge Verbindungen zum Nachbarland Burkina Faso. Diese Einschränkung hatte auch Ouattara betroffen, dessen Vater von dort stammt. Ouattara hatte nur deshalb für das Präsidentenamt kandidieren können, weil sein Vorgänger auf internationalen Druck hin ein Dekret mit einer Ausnahmeklausel unterzeichnet hatte. Weitere Neuerungen der Verfassung sind die Schaffung eines Senats als zweite Parlamentskammer und die Berufung eines Vizepräsidenten.

Westbalkan

EU-Fortschrittsberichte

Die EU-Kommission veröffentlichte am 09.11.16 die sog. Fortschrittsberichte für die EU-Beitrittskandidaten (Albanien, EJR Mazedonien, Montenegro und Serbien) sowie für die potenziellen Bewerber (Bosnien und Herzegowina, Kosovo). In der Bewertung stellt die EU den Balkanländern ein durchwachsendes Zeugnis aus und fordert mehr Anstrengungen bei politischen und wirtschaftlichen Reformen.

Ausdrücklich gelobt wurden die Kandidatenländer **Serbien** und **Albanien**. Beide machten gute Fortschritte bei Reformen. Am positivsten fiel das Urteil für Serbien aus, trotz Problemen bei Korruption,

Meinungsfreiheit und Minderheitenschutz. Auch Albanien wurde für die begonnenen Verfassungsänderungen und die Justizreform gelobt. Es bedürfe aber noch einer effizienteren und entpolitisierten Verwaltung sowie Verbesserungen beim Schutz der Minderheiten. Trotzdem wurde die Aufnahme von Beitrittsgesprächen empfohlen. Nicht ganz so positiv fiel das Urteil für **Montenegro** aus. Sorgen machten die verschlechterte finanzielle Entwicklung und Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Wesentlich schlechter fielen die Urteile für **Bosnien und Herzegowina** und die **EJR Mazedonien** aus. Mazedonien habe Rückschritte gemacht, es fehle der politischen Willen, dringende Reformen umzusetzen. Die innenpolitische Krise sei längst nicht überwunden. Im politisch ebenfalls instabilen Bosnien und Herzegowina müssten die internationalen Standards erst noch erreicht werden. Auch **Kosovo** wird wegen der Politisierung der Institutionen gerügt. Das Land müsse seine Institutionen stärken und wirtschaftliche Reformen durchführen. Gelobt wird der Fortschritt bei der Gesetzgebung für Menschenrechte, etwa dem Schutz für Angehörige der LGTB-Minderheiten.

Moldau

Prorussischer Kandidat wird wohl Präsident

Nach Auszählung von 92 % der Stimmen bei der Stichwahl um das Präsidenschaftsamt am 13.11.16 (vgl. BN v. 7.11.16) liegt der Sozialist Igor Dodon mit 55,9 % in Führung. Die prowestliche Politikerin Maia Sandu erzielte 44,1 %.

Die Wahl gilt als richtungsweisend für die künftige Ausrichtung des Landes. Sandu von der Mitte-Rechts-Opposition setzte auf die weitere europäische Integration. Dodon plädierte für eine strategische Partnerschaft mit Russland. Er hatte im Wahlkampf angekündigt, dass er zuerst nach Moskau fahren werde. Zudem stellte er ein Referendum über die bisherigen Beziehungen zur EU (2014: Assoziierungsabkommen) in Aussicht. Stattdessen soll sich Moldau Russlands Zollunion anschließen. Die derzeitige Regierung versuchte bisher einen Weg zwischen der EU und Russland.

Moldau ist das ärmste Land Europas. Das durchschnittliche Monatsgehalt liegt bei rund 220 Euro; 20 % der Bevölkerung leben unter der absoluten Armutsgrenze. Jede Woche sollen rund 100, vorwiegend junge, Menschen auswandern. Ein Viertel der 3,5 Millionen Einwohner lebt bereits im Ausland. Etwa die Hälfte in Russland oder in ehemaligen Sowjetrepubliken. Die andere Hälfte zieht es in den Westen. Seit April 2014 besteht keine Visapflicht mehr für den Schengenraum. Ca. 300.000 Moldauer haben einen rumänischen Pass.

Russische Föderation

Anschlagspläne in Moskau und St. Petersburg vereitelt

Russlands Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben am 13.11.16 zehn Männer festgenommen, die in Moskau und St. Petersburg ähnliche Terroranschläge geplant haben sollen wie vor einem Jahr in Paris. So gebe es Hinweise, dass die mutmaßlichen Angehörigen der Terrormiliz IS mit Sprengsätzen und Maschinengewehren unter anderem zwei Einkaufszentren attackieren wollten, berichtete die russische Regierungszeitung Rossijskaja Gaseta. Demnach stammen die Festgenommenen aus den islamisch geprägten Ex-Sowjetrepubliken Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan in Zentralasien.

Russland ist wegen seiner Allianz mit Syriens Diktator Baschar al-Assad bereits Ziel des IS geworden. Im Oktober 2015 waren bei einem Bombenanschlag des IS auf eine russische Passagiermaschine über der Sinai-Halbinsel in Ägypten alle 224 Insassen ums Leben gekommen.

Indien

Wichtige Banknoten für wertlos erklärt

Die Regierung hat in der Nacht zum 09.11.16 überraschend alle 500- und 1000-Rupien-Scheine (ca. 6,80 bzw. 13,60 Euro) – die gängigsten Banknoten – für ungültig erklärt. Premierminister Modi begründete den Schritt mit dem Kampf gegen Korruption und Schattenwirtschaft. Die alten Scheine können noch bis Ende 2016 auf ein indisches Bankkonto eingezahlt oder unter Vorlage eines Personalausweises gegen neue 500- und 2000-Rupien-Scheine umgetauscht werden. Lokale Medien zitieren Studien, nach denen illegale Schattenwirtschaft rund ein Fünftel der indischen Wirtschaftsleistung ausmacht; in internationalen

Korruptions-Rankings hält Indien seit jeher einen der letzten Plätze. Experten schätzen, dass mehrere hundert Milliarden Euro Schwarzgeld umlaufen.

Myanmar

Gewalt im Rakhine State

Bei Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und bewaffneten Gruppen im Distrikt Maungdaw im Rakhine State wurden am 12. und 13.11.16 unterschiedlichen Berichten zufolge etwa 30 Menschen getötet. Human Rights Watch berichtete am 13.11.16, die Auswertung von Satellitenbildern habe ergeben, dass nach dem Gewaltausbruch vom 09.10.16 im Distrikt Maungdaw (vgl. BN v. 10.10.16) in drei Dörfern 430 Häuser durch Feuer zerstört wurden.

Vietnam

Aktivisten festgenommen

Die Regierung geht landesweit gegen Aktivisten vor, die den Umgang der Regierung mit einer Umweltkatastrophe kritisieren. Nach Berichten vom 08.11.16 wurden am 06.11.16 Luu Van Vinh sowie drei weitere Aktivisten festgenommen, nachdem bereits am 02.11.16 und am 10.10.16 zwei regierungskritische Blogger festgenommen worden waren.

Ein taiwanisches Unternehmen übernahm im Juni 2016 die Verantwortung für ein massives Fischsterben in mehreren zentralen Küstenprovinzen im April 2016, das nach einem Regierungsbericht vom Juli 2016 die Lebensgrundlage von mehr als 200.000 Menschen gefährdet, darunter 41.000 Fischer. Das Unternehmen bot einen Schadensersatz von 500 Millionen US-Dollar an. Seither protestieren immer wieder Betroffene, weil sie die Entschädigung für zu gering halten.

Kolumbien

Einigung auf überarbeiteten Friedensvertrag

Vertreter der Regierung und der Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) einigten sich am 12.11.16 in Havanna (Kuba) auf einen überarbeiteten Friedensvertrag. Nach Diskussion der Änderungswünsche von den Gegnern des bisherigen Vertrags wurde er in 56 von 57 Punkten geändert. Neu ist u.a., dass Opfer des Konflikts mit dem Vermögen der FARC entschädigt werden und Rebellen ihre Strafen nicht mehr im Hausarrest abbüßen sollen, sondern nur in bestimmten Zonen unter staatlicher Kontrolle. Das Verfassungsgericht ist als Berufungsinstanz für Entscheidungen der einzurichtenden Sonderjustiz vorgesehen. Ex-Präsident Alvaro Uribe, prominenter Hauptgegner des ersten Abkommens, will mit seinem Lager das Verhandlungsergebnis prüfen. Er behielt sich weitere Einwände vor. Ein erneutes Referendum ist nicht notwendig. Präsident Juan Manuel Santos kann den jüngsten Friedensvertrag dem Parlament zur Abstimmung vorlegen. Die erste Fassung des Friedensabkommens vom 26.09.16 hatte die Bevölkerung in einem Referendum am 02.10.16 überraschend abgelehnt (vgl. BN v. 04.10.16).